Was würde ein geeintes Europa für Rentner bedeuten?

In einem geeinten Europa, wie wir es meinen, bliebe die Rente deutsch: gezahlt in Euro, berechnet nach deutschem Recht, erhöht nach deutschen Löhnen.

Ändern würde sich vor allem das, was um die Rente herum passiert: was Strom und Heizung kosten und wie sicher das Land ist.

Was bleibt, wie es ist

Die gesetzliche Rente folgt in Deutschland den Löhnen. Zum 1. Juli 2026 stieg sie um 4,24 %, für rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Wie hoch die Rente ist, wann sie beginnt und um wie viel sie steigt, legen deutsche Gesetze fest; ausgezahlt wird sie von der Deutschen Rentenversicherung.

Daran ändert die europäische Zusammenarbeit nichts. Die EU-Verträge halten ausdrücklich fest, dass jeder Mitgliedstaat die Grundprinzipien seiner sozialen Sicherung selbst bestimmt und dass europäische Regeln das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme nicht erheblich stören dürfen. Wer behauptet, Europa greife nach der deutschen Rente, müsste die Vorschrift zeigen, die das erlaubt. Es gibt sie nicht.

Auch das Geld bleibt, wo es ist. Die Rente kommt in Euro, und 87 % der Deutschen befürworten die gemeinsame Währung. Eine Haftung für die Schulden anderer Mitgliedstaaten lehnt die Bundesregierung im Koalitionsvertrag ausdrücklich ab. Aus dem EU-Haushalt fließt kein Geld in nationale Rentenkassen. Deutschland zahlte 2024 netto rund 13 Milliarden Euro an die EU, etwa 157 Euro pro Kopf, und der größte Teil des EU-Haushalts geht in Landwirtschaft und den Aufbau ärmerer Regionen.

Und wer fürchtet, ein europäischer Bundesstaat werde über die Köpfe der Bürger hinweg beschlossen: Das Bundesverfassungsgericht hat 2009 klargestellt, dass ein solcher Schritt allein dem deutschen Volk vorbehalten ist. Ohne seine ausdrückliche Zustimmung geht es nicht.

Was die Rente tatsächlich belastet

Spürbar an den Renten gezehrt hat in den letzten Jahren die Teuerung. 2022 stiegen die Verbraucherpreise um 6,9 %, 2023 um 5,9 %. Getrieben war die Teuerung vor allem von Energie und Lebensmitteln: Energie verteuerte sich 2022 um rund ein Drittel. Seit 2024 liegt die Inflation mit 2,2 % wieder im normalen Bereich, und die Rentenerhöhung von 2026 liegt deutlich darüber.

Strom bleibt teuer: Deutsche Haushalte zahlten 38,69 Cent je Kilowattstunde, im EU-Schnitt waren es 28,96 Cent (zweites Halbjahr 2025). Wie Deutschland heute sein Gas bezieht und wo gemeinsamer Einkauf helfen würde, steht in Woher kommt Deutschlands Gas?

Die zweite Sorge ist die Sicherheit. Seit Russland 2022 die Ukraine überfallen hat, rüstet Deutschland auf; für 2027 plant der Bund die größte Verteidigungssumme seit dem Ende des Kalten Kriegs. Je besser Europa seine Verteidigung gemeinsam plant, desto mehr Schutz bekommt es für jeden Euro. Mehr dazu in Wie viel gibt Deutschland für Verteidigung aus?

Was Europa heute schon für Rentner tut

Wer seinen Lebensabend in Spanien, Österreich oder Italien verbringen will, bekommt die deutsche Rente dorthin überwiesen. Wer in mehreren EU-Ländern gearbeitet hat, erhält aus jedem Land seinen Teil, und Versicherungszeiten werden zusammengezählt. Im Urlaub sorgt die Europäische Krankenversicherungskarte dafür, dass gesetzlich Versicherte in jedem EU-Land zu denselben Bedingungen behandelt werden wie die dort Versicherten.

Was man nicht verschweigen sollte

Ein enger zusammenarbeitendes Europa heißt auch, dass manche Entscheidungen weiter weg getroffen werden und schwerer zu kontrollieren sind. Das ist ein echter Preis, und die Sorge davor ist berechtigt. Die Gegenrechnung lautet: Energie, die gemeinsam eingekauft und über gemeinsame Netze verteilt wird, macht Preise weniger anfällig für Erpressung, und davon hängt die Kaufkraft jeder Rente ab. Bayern und Hamburg regeln vieles selbst und manches gemeinsam mit dem Bund; dasselbe Prinzip trägt auch eine Ebene höher.

Über diese Abwägung entscheiden die Älteren maßgeblich mit. Bei der Bundestagswahl 2025 waren 42,6 % der Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter, und die 60- bis 69-Jährigen gingen mit 85,5 % so häufig wählen wie sonst nur die 50- bis 59-Jährigen.

Alle Fragen →

HÄUFIGE FRAGEN

Nimmt ein geeintes Europa mir die Rente weg?
Nein. Höhe, Anpassung und Rentenalter regelt deutsches Recht, ausgezahlt wird sie von der Deutschen Rentenversicherung. Die EU-Verträge lassen die Grundprinzipien der sozialen Sicherung ausdrücklich bei den Mitgliedstaaten. Für einen europäischen Bundesstaat bräuchte es laut Bundesverfassungsgericht zudem eine Entscheidung des deutschen Volkes selbst.

Zahlen deutsche Rentner für Renten in anderen Ländern?
Nein. Aus dem EU-Haushalt fließt kein Geld in nationale Rentenkassen, und die Bundesregierung lehnt eine Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten ab. Deutschland zahlte 2024 netto rund 13 Milliarden Euro an die EU, etwa 157 Euro pro Kopf; der größte Teil des EU-Haushalts geht in Landwirtschaft und ärmere Regionen.

Kann ich meine Rente im EU-Ausland beziehen?
Ja. Wer in ein anderes EU-Land zieht, bekommt die deutsche Rente dorthin überwiesen. Wer in mehreren EU-Ländern gearbeitet hat, erhält aus jedem Land den dort erworbenen Teil; verlangt ein Land eine Mindestversicherungszeit, werden die Zeiten aus den anderen Ländern mitgezählt.

Werde ich im EU-Urlaub ärztlich versorgt?
Ja. Mit der Europäischen Krankenversicherungskarte werden gesetzlich Versicherte bei vorübergehenden Aufenthalten in jedem EU-Land zu denselben Bedingungen behandelt wie die dort Versicherten. Einen Rücktransport nach Hause deckt sie nicht ab, dafür braucht es eine Auslandsreisekrankenversicherung.

Warum sollte mich die Europa-Frage als Rentner interessieren?
Weil Ihre Generation sie mitentscheidet. 2025 waren 42,6 % der Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter, und die 60- bis 69-Jährigen gingen mit 85,5 % so häufig zur Bundestagswahl wie sonst nur die 50- bis 59-Jährigen. Und weil die Kaufkraft einer Rente unmittelbar von Energiepreisen und Inflation abhängt.

QUELLEN

- Deutsche Rentenversicherung: Rentenanpassung 2026 – Renten steigen im Juli um 4,24 Prozent (3/2026) – aktueller Rentenwert von 40,79 € auf 42,52 €; rund 21 Mio. Rentnerinnen und Rentner; die gesetzlichen Renten folgen der Lohnentwicklung; Haltelinie 48 %
- EUR-Lex: Vertrag über die Arbeitsweise der EU, Art. 153 – Abs. 4: EU-Bestimmungen berühren nicht die Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, und dürfen dessen finanzielles Gleichgewicht nicht erheblich beeinträchtigen
- Bundesverfassungsgericht: Urteil zum Vertrag von Lissabon, 2 BvE 2/08 (6/2009) – Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat ist dem unmittelbar erklärten Willen des Deutschen Volkes vorbehalten (Rn. 228)
- Koalitionsvertrag 2025: Verantwortung für Deutschland – S. 136–137: Deutschland „haftet weiterhin nicht für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten“
- IW Köln: Wer ist Nettozahler, wer Nettoempfänger? IW-Report 62/2025 (11/2025) – Deutschland 2024 netto 13,1 Mrd. €, 157 € je Einwohner, 0,29 % des BNE
- Europäische Kommission: Langfristiger EU-Haushalt 2021–2027 – Aufbau des Haushalts; Landwirtschaft und Kohäsion als größte Posten
- Ihr Europa: Altersrenten im Ausland – jedes Land zahlt den dort erworbenen Teil; Zusammenrechnung der Versicherungszeiten; Auszahlung in das Wohnsitzland
- Ihr Europa: Ungeplante ärztliche Behandlung bei vorübergehendem Aufenthalt – Europäische Krankenversicherungskarte: Behandlung zu denselben Bedingungen wie Versicherte im Aufenthaltsland; kein Rücktransport
- Destatis: Inflationsrate 2025 bei 2,2 % (1/2026) – Jahresdurchschnitte: 6,9 % (2022), 5,9 % (2023), 2,2 % (2024), 2,2 % (2025); Energie 2025 −2,4 %
- Destatis: Inflationsrate 2022 (1/2023) – Energie 2022 +34,7 %, Nahrungsmittel +13,4 % gegenüber 2021 (Basis 2015, Erstveröffentlichung)
- Eurostat: Household electricity prices, second half of 2025 (5/2026) – Deutschland 38,69 € je 100 kWh, EU-Schnitt 28,96 €
- Die Bundeswahlleiterin: Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2025, Heft 4 – Wahlberechtigte 60–69 Jahre 11,54 Mio., 70 und älter 14,24 Mio. von 60,51 Mio. (42,6 %); Wahlbeteiligung 60–69: 85,5 %, 50–59: 85,5 %, 70+: 79,3 %, gesamt 82,5 %
- BMVg: Rekordetat für Verteidigung – Haushaltsdebatte (9/2026) – Entwurf 2027: knapp 140 Mrd. €, größte Summe seit Ende des Kalten Kriegs
- Standard-Eurobarometer 105, Datenanhang (2026) – Zustimmung zum Euro in Deutschland 87 % (EU 74 %)